

Bericht der Sommersession 2015

Nationalrat setzt Zeichen für BFI-Botschaft 2017-2020

Mit der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2017-2020 müssen gleich mehrere Reformen gestemmt werden. Vor allem die Stärkung der höheren Berufsbildung und der Umbau der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung sind grosse Herausforderungen. Der Nationalrat erkennt den Handlungsbedarf und beantragte in der Sommersession 2015 ein Mittelwachstum von 3,9 Prozent pro Jahr. Damit setzt die grosse Kammer ein wichtiges Zeichen im Hinblick auf die kommende BFI-Botschaft.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Der Nationalrat unterstützt den Innovationspark

Wenn es nach dem Nationalrat geht, soll der Bund den Schweizerischen Innovationspark (SIP) subsidiär unterstützen. Er befürwortete zwei entsprechende Massnahmen: Einerseits sollen dem nationalen Park geeignete Grundstücke in Bundesbesitz zur Verfügung gestellt werden, andererseits soll der SIP eine Bürgschaft erhalten (**15.031**).

Einer Abgabe von Grundstücken stimmten die Nationalrätinnen und Nationalräte mit 140 zu 34 Stimmen zu. Im Fokus steht vor allem eine rund 70 Hektaren grosse Fläche auf dem heutigen Militärflugplatz Dübendorf. Grundsätzlich gilt der Entscheid aber auch für andere Liegenschaften des Bundes. Die Massnahme sieht vor, dass der Bund dabei

nicht auf Baurechtszinsen verzichtet. Das bedeutet, dass Nutzer von Grundstücken eine Entschädigung zahlen müssen. Der Nationalrat stimmte mit 106 zu 83 Stimmen bei 4 Enthaltungen einem Antrag der Mehrheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) zu, der verlangt, dass diese Zins-Erträge allen Standorten des SIP zu Gute kommen. Es wurde argumentiert, dass alle Regionen von abgegebenen Grundstücken profitieren sollen, auch wenn der Bund nicht überall über geeignete Flächen verfügt.

Darlehen zur Finanzierung der Infrastruktur

Die zweite Unterstützungsmassnahme, eine Bürgschaft im Umfang von 350 Millionen Franken, bewilligte die grosse Kammer mit 153 zu 38 Stimmen bei 1 Enthaltung. Damit soll es der Trägerschaft des SIP möglich sein, zu günstigen Konditionen Darlehen für die Finanzierung der Forschungsinfrastruktur aufzunehmen. Eine Minderheit der WBK-N forderte eine zusätzliche Möglichkeit zur Unterstützung des SIP: Demnach sollten Erlöse aus verkauften Grundstücken für den SIP zur Verfügung gestellt werden. Das Plenum lehnte diese Erweiterung mit 133 zu 60 Stimmen ab.

Das Konzept des Schweizerischen Innovationsparks sieht zwei Hub-Standorte im Umfeld der beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Zürich und Lausanne vor. Drei Netzwerkstandorte in Biel, in der Nordwestschweiz und im Kanton Aargau ergänzen diese. Der Ständerat befasst sich voraussichtlich in der Herbstsession 2015 mit dem Thema.

Protokoll des Nationalrats vom 9. Juni 2015

BFI-Botschaft 2017-2020: Mittel sollen um 3,9 Prozent wachsen


Die Mittel für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) sollen in den Jahren 2017-2020 um mindestens 3,9 Prozent pro Jahr wachsen. Diesen Auftrag erteilt die Mehrheit der Nationalrätinnen und Nationalräte dem Bundesrat, indem sie einer entsprechenden Motion (**15.3011**) zustimmte. Der Vorstoss der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) wurde mit 105 zu 81 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.


Das Mittelwachstum im Rahmen der BFI-Botschaft 2017-2020 soll ermöglichen, die verschiedenen vom Bundesrat beabsichtigten Reformen ohne Substanzverluste umzusetzen. Geplant sind eine Stärkung der höheren Berufsbildung sowie verschiedene Massnahmen für eine attraktivere wissenschaftliche Karriere. Darüber hinaus gilt es Anstrengungen in den Bereichen der medizinischen Bildung, der Forschungsinfrastrukturen sowie bei der Verbesserung des Wissenstransfers zwischen Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft zu unternehmen. Hinzu kommt die Fortsetzung des Engagements für die koordinierte Energieforschung.

Wenn alle diese Reformen umgesetzt werden sollen, ist ein Mittelwachstum von durchschnittlich 3,9 Prozent pro Jahr erforderlich. Diese Forderung basiert auf einem angenommenen Sockelwachstum von 1 Prozent. Sollte der Sockel aufgrund wirtschaftlicher Perspektiven herabgesetzt werden, würde auch die Wachstumsforderung entsprechend sinken. Der Ständerat wird voraussichtlich in der Herbstsession 2015 über den Vorstoss entscheiden.

Protokoll des Nationalrats vom 19. Juni 2015

Ausserdem haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ...

 ... in National- und Ständerat dem Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) (**12.101**) zugestimmt. Mit dem Sparprogramm will das Parlament den Bundehaushalt im Jahr 2016 insgesamt um 635 Millionen Franken entlasten. Davon sind auch die Universitäten (7,7 Millionen Franken) und der ETH-Bereich (24 Millionen Franken) betroffen.

 ... im Ständerat beschlossen, das Zentrum für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich (**14.078**) auch in den Jahren 2016-2019 zu unterstützen. Die Bundesmittel belaufen sich auf 15,4 Millionen Franken für die vierjährige Periode. Im Rahmen des Sparpaketes KAP wurden die Beiträge um jährlich 2 Millionen gekürzt. Der Nationalrat stimmte dieser Kürzung bereits in der Frühjahrssession 2015 zu.

➤ ... im Nationalrat einer Motion für gesetzliche Änderungen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte (**14.3795**) zugestimmt. Der Vorstoss von Ständerätin Brigitte Häberli-Koller verlangt vom Bundesrat, die Bildungspolitik besser auf die Nachfrage nach Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt anzupassen. Zudem soll das Potential von weiblichen und älteren Arbeitskräften besser ausgeschöpft werden.

➤ ... im Ständerat eine Motion der FDP-Fraktion abgelehnt, welche die organisatorische und finanzielle Gleichstellung der Kommission für Technologie und Innovation mit dem Schweizerischen Nationalfonds beantragt (**12.3186**). Die Ablehnung erfolgte, weil der Bundesrat bereits Mitte Juni 2015 einen entsprechenden **Gesetzesentwurf in Vernehmlassung** schickte.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTET

Medizinische Fakultäten zum Bund?

➤ Interpellation (15.3015) von Ständerat Markus Stadler (GLP).
Eingereicht am 2. März 2015.
Der Bundesrat hat am 15. April 2015 darauf geantwortet.

Konzept Massnahmenplan Fachkräftemangel

➤ Interpellation (15.3037) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 4. März 2015.
Der Bundesrat hat am 29. April 2015 darauf geantwortet.

Maturitätsreform. Bildungserfolg und Kosten des Wahlfachmodells

➤ Interpellation (15.3041) von Nationalrätin Kathy Riklin (CVP).
Eingereicht am 4. März 2015.
Der Bundesrat hat am 8. Mai 2015 darauf geantwortet.

Schweizerischer Nationalfonds und Berücksichtigung der Landessprachen

- Interpellation (15.3052) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 4. März 2015.
Der Bundesrat hat am 8. Mai 2015 darauf geantwortet.
-

Schweizerischer Nationalfonds und Berücksichtigung der Landessprachen

- Interpellation (15.3053) von Ständerat Didier Berberat (SP).
Eingereicht am 4. März 2015.
Der Bundesrat hat am 8. Mai 2015 darauf geantwortet.
-

Fachkräftemangel. Was wird für die Frauen und Familien getan?

- Interpellation (15.3065) von Nationalrätin Yvonne Feri (SP).
Eingereicht am 5. März 2015.
Der Bundesrat hat am 29. April 2015 darauf geantwortet.
-

Stopp den Hungerlöhnen für wissenschaftliche Arbeitskräfte

- Interpellation (15.3069) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP).
Eingereicht am 5. März 2015.
Der Bundesrat hat am 8. Mai 2015 darauf geantwortet.
-

Bericht über das Potenzial der Schweizer Game-Industrie für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft

- Postulat (15.3114) von Nationalrätin Jacqueline Fehr (SP).
Eingereicht am 12. März 2015.
Der Bundesrat hat am 13. Mai 2015 die Annahme des Postulats beantragt.
-

Masterplan zur Stärkung der biomedizinischen Forschung und Technologie. Stand der Arbeiten

- Interpellation (15.3129) von Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP).
Eingereicht am 16. März 2015.
Der Bundesrat hat am 27. Mai 2015 darauf geantwortet.
-

Innovationsförderung für KMU. Rückstellungen für Forschung und Entwicklung ermöglichen

- Motion (15.3138) von Nationalrätin Jacqueline Badran (SP).
Eingereicht am 16. März 2015.
Der Bundesrat hat am 20. Mai 2015 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Auswirkungen einer Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens

- Postulat (15.3140) von Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (CVP).
Eingereicht am 17. März 2015.
Der Bundesrat hat am 13. Mai 2015 die Ablehnung des Postulats beantragt.
-

Einspracherecht bei der Einstufung von Berufsabschlüssen in der Berufsbildung gemäss nationalem Qualifikationsrahmen

- Motion (15.3157) von Nationalrat Matthias Aebischer (SP).
Eingereicht am 18. März 2015.
Der Bundesrat hat am 8. Mai 2015 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Frankenstärke. Aufstockung der KTI-Kredite

- Motion (15.3180) von Nationalrat Louis Schelbert (GPS).
Eingereicht am 18. März 2015.
Der Bundesrat hat am 8. Mai 2015 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Verantwortlichkeitsprobleme im Zusammenhang mit Kompetenzverschiebungen zwischen Gesundheitsberufen

- Interpellation (15.3198) von Nationalrat Ignazio Cassis (FDP).
Eingereicht am 19. März 2015.
Der Bundesrat hat am 5. Juni 2015 darauf geantwortet.
-

Frankenkrise. Innovationsförderung verstärken

- Motion (15.3234) von Nationalrat Hans Grunder (BDP).
Eingereicht am 19. März 2015.
Der Bundesrat hat am 8. Mai 2015 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Nationales Forschungsprogramm zur Rolle der Schweiz bei der Abwicklung unlauterer und unrechtmässiger Finanzflüsse

- Motion (15.3266) von Nationalrat Cédric Wermuth (SP).
Eingereicht am 19. März 2015.
Der Bundesrat hat am 20. Mai 2015 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Erasmus plus und Horizon 2020. Die Schweiz als Drittland

- Interpellation (15.3212) von Ständerat Felix Gutzwiller (FDP).
Eingereicht am 19. März 2015.
Der Bundesrat hat am 13. Mai 2015 darauf geantwortet.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Versorgungsforschung! Zentrale Grundlage für die Gesundheitspolitik

- Postulat (15.3475) von Nationalrätin Bea Heim (SP).
Eingereicht am 6. Mai 2015.
-

Masse statt Klasse? Fehlende Fachkräfte dafür viele Psychologen, Ethnologen, Soziologen, Historiker, Kultur- und Kunstwissenschaftler und dergleichen

- Interpellation (15.3525) der SVP-Fraktion.
Eingereicht am 8. Juni 2015.
-

Stärkung des Wirtschafts- und Forschungsplatzes Schweiz dank alternativen Methoden zu Tierversuchen

- Interpellation (15.3541) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP).
Eingereicht am 10. Juni 2015.
-

Ausländische Studierende an Privatschulen

- Anfrage (15.1047) von Nationalrat Oskar Freysinger (SVP).
Eingereicht am 15. Juni 2015.
-

Gewinnbeteiligung für Medikamente, die aus Schweizer Universitäten stammen

- Postulat (15.3678) von Nationalrätin Margrit Kessler (GLP).
Eingereicht am 18. Juni 2015.
-

Praktikum als Eignungstest für das Medizinstudium

- Motion (15.3687) von Nationalrätin Ruth Humbel (CVP).
Eingereicht am 18. Juni 2015.
-

Fachkräftemangel. Nationale Datenbank für Unternehmen zur Interpretation und Vergleichbarkeit ausländischer Diplome

- Postulat (15.3632) von Ständerätin Anita Fetz (SP).
Eingereicht am 18. Juni 2015.
-

Stellenabbau und Weiterentwicklung an der Forschungsanstalt Agroscope in Wädenswil

- Interpellation (15.3719) von Nationalrat Max Binder (SVP).
Eingereicht am 19. Juni 2015.
-

Berufsbildungsfonds. Klarheit schaffen

- Motion (15.3721) von Nationalrat Lorenz Hess (BDP).
Eingereicht am 19. Juni 2015.
-

Hochqualifizierte Zugewanderte aus Drittstaaten besser in den Arbeitsmarkt integrieren

- Interpellation (15.3764) von Nationalrätin Regula Rytz (GPS).
Eingereicht am 19. Juni 2015.
-

Wie sieht die Steuerpolitik im Innovationsbereich aus?

- Postulat (15.3779) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 19. Juni 2015.
-

Eine Steuerpolitik für den Innovationsbereich

- Motion (15.3780) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 19. Juni 2015.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

23. Juni 2015
